Ihr Name

Ihre Straße

Ihre PLZ und Stadt

Name Abgeordnete\*r

Wahlkreisbüro

Straße

PLZ, Ort

 Ort, Datum

**Kürzung der Finanzmittel für den Radverkehr im Bundeshaushalt**

Sehr geehrte Abgeordnete ...........................................,
/Sehr geehrter Abgeordneter............................................,

im Juli hat das Bundeskabinett den Haushaltsplan mit drastischen Kürzungen für den Radverkehr vorgelegt. Lediglich 400 Millionen Euro sind demnach bundesweit für den Radwegeausbau vorgesehen. Dies ist im Vergleich zum Jahr 2022 fast eine Halbierung der Mittel. Und das, obwohl im Nationalen Radverkehrsplan, der die Zielsetzung des Radwegeausbaus bis 2030 darstellt, 30 Euro pro Kopf pro Jahr in Deutschland eingeplant ist. Bund, Länder und Kommunen sollen davon jeweils ein Drittel zahlen. Im Klartext bedeutet dies: Bei 83 Millionen Einwohner\*innen müssten rund 2,5 Milliarden Euro jährlich in den Radwegeausbau investiert werden. Wenn jetzt der Bund kürzt, obwohl die 30-Euro-Marke insgesamt und die 10-Euro-Marke für den Bund noch nicht einmal erreicht sind, wackelt die Finanzierung des Radverkehrs stark und das Fahrradland rückt in unerreichbare Ferne. Die Verkehrsministerkonferenz der Länder fordert sogar eine Milliarde Euro pro Jahr vom Bund für Radwegeausbau – davon sind wir mit dem neuen Bundeshaushalt weit entfernt.

Damit Deutschland beim Erreichen des Fahrradlandes nicht um Jahre zurückgeworfen wird, müssen die Länder die fehlenden Mittel ausgleichen. Sie müssten 2024 also zusätzlich zu ihrem Drittel vom Kuchen 600 Millionen Euro aufbringen, um ihre Kommunen ausreichend bei der Mobilitätswende zu unterstützen. Dies gilt auch für Baden-Württemberg. Hier wurden 2023 sämtliche dem Radwegeausbau zur Verfügung stehende Mittel abgerufen. Es zeigt sich also deutlich, dass Bedarf vorhanden ist. Wenn der Bund die Radverkehrsmittel also nicht aufstockt, stehen die Kommunen alleine da und die Mobilitätswende hier bei uns in Baden-Württemberg muss ausfallen.

Dies gilt auch für meine Kommune. Ich wohne in .............................................. und befürchte, dass durch die Kürzung der Radverkehrsmittel im Bundeshaushalt die Radverkehrsförderung hier in .................................................. nicht nur verlangsamt, sondern gänzlich gestoppt wird. Baden-Württemberg hat sich aus Klimaschutzgründen die Verdopplung des Radverkehrs bis 2030 zum Ziel gesetzt. Durch die Kürzung der Radverkehrsmittel im Bundeshaushalt sehe ich die Klimaschutzziele auch hier in Baden-Württemberg gefährdet. Das Auto wird das vorherrschende Transportmittel bleiben, die wenigen mutigen Radfahrenden werden ohne entsprechende Radinfrastruktur immer weiter von der Straße verdrängt und gefährdet. Klimaschutz braucht die Mobilitätswende und die Mobilitätswende braucht den Radverkehr!

Deshalb fordere ich Sie auf, sich dafür einzusetzen, dass die im Verkehrsetat vorgesehenen Mittel für Straßenbau und –sanierung umverteilt und für den Radverkehr eingesetzt werden. Nur mit konsequenten Investitionen von mindestens 30 Euro pro Person pro Jahr für den Radverkehr können wir Lebensräume gestalten und eine gesellschaftliche Kultur schaffen, in denen Radfahren selbstverständlich und gleichberechtigt, sicher und komfortabel ist – für alle Menschen in Baden-Württemberg. Und nur mit entsprechenden Bundesmitteln für den Radverkehr können wir Deutschland zu einem Fahrradland machen, in dem sich auch kommende Generationen wohl, sicher und gesund fühlen können.

Mit freundlichen Grüßen

........................................................